

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

紙之立掛特郵中
報券號准政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

4. Jahrgang

Tientsin, Sonntag, den 5. Februar 1933

Nummer 720

Englands Kritik an dem französischen Sicherheitsplan

Genf, den 3. Februar (Transocean A.). Die Verhandlungen über den französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan wurden am Freitag im Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz von dem britischen Delegierten Eden fortgesetzt, der die französischen Forderungen auf Sicherheiten scharf kritisiert. Er wies darauf hin, dass das ewige Verlangen nach weiteren Sicherheiten eine Gefahr für die bereits bestehenden Sicherheiten, wie jene durch den Völkerbund, den Kellogg-Pakt und den Locarno-Vertrag garantierten, heraufbeschwöre.

England könne jedenfalls nicht über die Sicherheitsmassnahmen hinausgehen, welche es durch seine Teilnahme am Locarno-Vertrag und in den Völkerbundssatzungen garantiert habe.

Eden schloss seine Rede damit, dass er sagte, die Hauptaufgabe der Konferenz bestände darin, die ver-

schiedenen Abrüstungsvorschläge zusammenzufassen.

Nachdem der französische Plan von den Delegierten aller Grossmächte missbilligend zurückgewiesen worden war, kamen die Vasallenstaaten Frankreich schliesslich zur Hilfe.

Benesch, der Aussenminister der Tschechoslowakei, lobte den französischen Plan in den Himmel und empfahl die Annahme des Vorschlages der gegenseitigen Hilfeleistung, der nur Schutzmassnahmen für die kleineren Staaten gegen eventuelle Angriffe vorsieht. Auch der belgische Delegierte Bourwain pries den französischen Plan, schränkte allerdings dieses Lob etwas durch den Hinweis ein, dass man gut täte in diesen Plan die guten Seiten anderer Pläne aufzunehmen.

Daraufhin wurde die Sitzung bis Montag vertagt.

Vorbereitungen zur neuen Reichstagswahl

Berlin, den 3. Februar (Transocean A.) Reichskanzler Hitler hat sich bereit erklärt, sich für die kommenden Wahlen aufstellen zu lassen. Sein Name wird auf der nationalsozialistischen Wahlliste an erster Stelle stehen.

Von amtlicher Seite werden die Pressenachrichten dementiert, dass die Regierung eine neue drastische Notverfügung gegen politische Ausschreitungen beabsichtigt, um den kommunistischen Terror wirksam zu unterdrücken, aber im „Lokal Anzeiger“ behauptet Hugenberg, dass die Regierung vielleicht eine ähnliche Verfügung zur Anwendung bringen wird, wie sie von dem früheren Reichskanzler v. Schleicher vorbereitet worden ist.

Anscheinend bemüht man sich, am 5. März ein „groses Reinemachen“ anzustellen, indem man möglichst viele Landtagswahlen abhalten will. Wahrscheinlich werden in Hessen und Thüringen neue Landtagswahlen und in ganz Preussen am 12. März neue Kommunalwahlen abgehalten werden.

Die Auflösung des preussischen Landtages und die Neuwahlen am 5. März, die man noch vor einigen Tagen als sicher annahm, scheinen jetzt zweifelhaft geworden zu sein, da die Kommunisten, deren Unterstützung zur Genehmigung der Auflösungsverfügung benötigt wird, vielleicht in Ihrer Stellungnahme zu dieser Frage umschwanken und noch im letzten Augenblick gegen die Auflösung stimmen werden. Das Organ der Nationalsozialisten „Der Völkische Beobachter“ erklärt, dass der Landtag, falls nötig, vielleicht durch eine Sonderverfügung aufgelöst wird, während andere Zeitungen darauf hinweisen, dass die preussische Verfassung keine Handhabe für ein solches Vorgehen bietet.

Die sozialdemokratische Partei veröffentlichte Wahlaufträge mit dem Schlagwort: „Die Freiheitsfront gegen die Harzburger Front“ und sie tritt gleichzeitig für die Enteignung des Grossgrundbesitzes, für die Verstaatlichung der Schwerindustrie und für die Einführung einer sozialistischen Planwirtschaft ein.

Nach der amtlichen Statistik sind am 5. März ungefähr 45 000 Deutsche wahlberechtigt, d. h. eine halbe Million mehr als bei der Wahl im November letzten Jahres.

Berlin, den 4. Februar (Havas). In den der Regierung nahestehenden Kreisen wird erklärt, dass

England als Vermittler im fernöstlichen Konflikt.

Genf, den 3. Februar (Transocean A.). Englands verstärkte Bemühungen als Vermittler in dem chinesisch-japanischen Konflikt wurden in Völkerbundskreisen viel besprochen. Es heisst dass die britische Regierung gleichzeitig in Tokio, Nanking und Genf Schritte unternommen hat, um den Konflikt zu lösen und um den Völkerbund zu bewegen, weitere Versuche zur Schlichtung des Streitfalles zu unternehmen. Diesbezügliche direkte Verhandlungen zwischen den britischen und japanischen Delegierten einerseits, und dem Völkerbundsekretär Drummond andererseits schweben. Sie scheinen Erfolg zu versprechen, da Japan angeblich bereit ist, den vom Neunzehner Ausschuss entworfenen Beschluss mit einigen kleinen Abänderungen anzunehmen.

Es wird ferner erklärt, dass England eine Konferenz am „Runden Tisch“ über die fernöstliche Frage vorschlägt, in der es selber den Vermittler zwischen China und Japan spielen will. Diese Meldungen gehen der Sonnabend-Sitzung des Neunzehner Ausschusses erhöhte Bedeutung, obgleich die Aussichten für die Wiederaufnahme der Verständigungs-

verhandlungen in politischen Kreisen als nicht sehr gross bezeichnet werden.

Genf, den 3. Februar (Reuter). In Völkerbundskreisen ist man der Ansicht, dass sich die Anwendung des Paragraphen 4 nicht umgehen lassen wird.

Auf der morgigen Sitzung soll über die neuen japanischen Vorschläge verhandelt werden. Wenn sie auch in gewisser Beziehung ein Zugeständnis bedeuten, so ist man doch allgemein sehr pessimistisch gestimmt. Die Verständigungsversuche haben sich festgelaufen, und selbst mit weiteren Verhandlungen ist nichts mehr zu erreichen.

In Genf rechnet man damit, dass die neuen Vorschläge des Völkerbundes nicht nur eine Anerkennung des Lytton-Berichtes bedeuten werden, sondern gewissermassen ein Urteil fällen.

Was die Nachricht anbelangt, dass Amerika vorschlagen wird, eine Sitzung der Unterzeichner des Kellogg Paktes einzuberufen, wenn der Bericht des Völkerbundes angenommen ist, sind zuständige Kreise der Ansicht, dass Amerika einen solchen Plan nicht hat. Man glaubt, dass Amerika selbst die Initiative ergreifen wird, abgesehen davon, dass es den Bericht des Neunzehner-Ausschusses gutheisst, wie es den Anschein hat, er den amerikanischen Erwartungen entspricht.

Worum sich Frankreich sorgfältig

Von Dr. Paul Rohrbach

Frankreichs grosse Politik fängt an, unter Störungen zu leiden, die aus einer Eigenart des französischen Charakters hervorkommen: seinem intimem Verhältnis zum Besitz, insbesondere zum Gold. Der Franzose, der sich so gern als den Typus der klaren Vernunft hinstellt, ist in Wirklichkeit ein Gemisch widersprechender Züge. Der Kardinal Mazarin hat gesagt: „Wer sich in Frankreich an die Spitze der Nation gestellt sieht, der fühlt sich wie von einem göttlichen Hauche angeweht.“

Die Dinge sehen aber anders aus, sobald für das Urteil der grossen Masse ein Stillstand eintritt, und ganz besonders dann, wenn es gilt, an Stelle des nationalen Elans — Steuern aufzubringen und Geldopfer zu leisten.

Ueber 6000 Mann Polizei und republikanische Garde mussten aufgeboten werden, um die wütenden anti-amerikanischen Demonstrationen zu unterdrücken, die während der nächtlichen Kammerdebatte über Zahlen und Nichtzahlen stattfanden! Kein Franzose denkt daran dass er es allein der amerikanischen Hilfe verdankt wenn durch das Diktat von Versailles Frankreich die Vorherrschaft über halb Europa gewann. Für die französische öffentliche Meinung ist es selbstverständlich, dass die Amerikaner und alle übrigen Völker und Regierungen nur ihre Pflicht taten, als sie Frankreich im Weltkriege zu Hilfe kamen, denn Frankreichs Sache ist nie etwas anderes, als die Sache der Menschheit!

Die Weigerung, die Schuld an Amerika zu bezahlen, ist aber nur ein Symptom dafür, dass überhaupt eine Grundlage der französischen Nachkriegspolitik von innen heraus erschüttert ist. Es kostet dem französischen Steuerzahler zu viel, die Fortdauer des „Siegess“ zu finanzieren.

Wir erinnern uns daran, wie vor einigen Monaten in der Kammer in Paris von der sachkundigsten Stelle verkündet wurde: Die Befestigung der französischen Ostgrenze ist so stark, dass Frankreich vor jedem Angriff sicher sein kann! General von Schleicher hat das in einer seiner Rundfunkreden gleich benutzt, um daran die Frage zu knüpfen: Wozu dann das immerwährende Rufen nach Sicherheit? Es ist im Grunde auch gar nicht die eigene Sicherheit, die eigene unmittelbare Sicherheit, die den Franzosen, zum mindesten den halbwegs urteilsfähigen, gefährdet erscheint, sondern es ist die „Sicherheit“ der von Frankreich gegen Deutschland geschaffenen Zweckstaaten im Osten: Polens, der Tschechoslowakei Rumäniens, Jugoslawiens. Diese haben sämtlich auf französischen Befehl eine Rüstung anlegen müssen, die weit über ihre eigenen Kräfte hinausgeht. Bisher sind sie dazu von Frankreich finanziert worden, und die Mittel dazu kamen in erster Linie aus den deutschen Tributaten, in zweiter aus der Blüte der französischen Wirtschaft und der französischen Finanzen, die länger, als es in der übrigen Welt der Fall war, von der Weltkrise unberührt blieb.

Nun ist es, mit dem Tributeneinbruch zu Ende, und die Krise hat auch auf Frankreich übergegriffen. Das Defizit im französischen Haushalt, das erst auf 10, dann auf 12 Milliarden angehen wurde, soll jetzt schon 20 Milliarden Franken betragen. In der Deputiertenkammer herrscht gegenüber allen weiteren Geldopfern für die Bundesgenossen eine völlig negative Stimmung. Der Wähler streikt, und der Deputierte fühlt sich abhängig vom Wähler. Erhöhung der Staatseinkünfte ist nur noch durch Steuervermehrung, Gehaltsabbau und ähnliche unpopuläre Mittel möglich. Man weiss es im französischen Generalstab nur zu gut, dass die militärische Stärke der Vasallenstaaten im Osten grossenteils nur noch auf dem Papier steht. Von den aktiv dienenden Jahrgängen haben massenhaft Mannschaften beurlaubt werden müssen. Der völlige finanzielle Ruin steht bei den Hilfsvölkern vor der Tür, und man braucht kein sehr scharfes Ohr mehr, um die Stimmen dort zu hören: Es geht nicht länger so weiter!

Deutschland hat keine Veranlassung, diese französischen Sorgen zu erleichtern. Die deutsche Reichswehr ist der Hauptgegenstand der Pariser Aengste. „Die Urheber des Friedensvertrages haben es lange begriffen, dass sie einen Fehler gemacht haben, als sie Deutschland zwangen, eine lang dienende Berufarmee einzuführen. Die Reichswehr ist eine Armee von Cadres und Instruktooren geworden, in der jeder 12 Jahre lang dienende Soldat imstande ist, Rekruten auszubilden.“ So liest man es in der „Times“. Daher der plötzliche Wunsch, an die Stelle der Reichswehr (nicht neben die Reichswehr, auch nicht neben eine um die Hälfte verkleinerte!) eine Milizarmee zu setzen.

Auf der vor einigen Tagen wieder eröffneten Abrüstungskonferenz wird man von deutscher Seite gut tun, diesen inneren Zusammenhang der Dinge im Auge zu behalten.